Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau: Vierteljahresschrift des

Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 69 (1977)

Heft: 2

Artikel: Zu den Volksabstimmungen vom 13. März

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-354837

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes Heft 2 Februar 1977 69. Jahrgang

Zweimonatliche Beilage: «Bildungsarbeit»



Zu den Volksabstimmungen vom 13. März

Die beiden Ausländer-Initiativen, die am 13. März zur Volksabstimmung gelangen, sind unvernünftig, unmenschlich und unzeitgemäss. Obwohl die ausländische Wohnbevölkerung und - noch stärker - die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte zurückgegangen sind, will die 4. Überfremdungs-Initiative nochmals einen Ausländerabbau um fast 260 000 innert zehn Jahren erzwingen. Ein solcher Abbau würde die bereits bestehenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten zusätzlich verschärfen und könnte auch die einheimischen Arbeitnehmer empfindlich treffen. - Die Zahl der jährlichen Einbürgerungen auf 4000 Personen beschränken - das Ziel der 5. Überfremdungs-Initiative -, heisst die Gemeindeautonomie beschränken. Zudem würden die Gemeinden in Versuchung geraten, vor allem gute Steuerzahler einzubürgern; zu kurz kämen dann die einbürgerungswilligen Arbeitnehmer: Eine ausgesprochen unsoziale Politik. - Ebenfalls schwerste Bedenken sind zur Initiative für die Neuordnung des Staatsvertragsreferendums anzubringen. Realistisch ist hingegen der Gegenvorschlag dazu, der eine vertretbare Ausdehnung der Volksrechte anstrebt.

Die Parolen des SGB sind klar und wurden vom Bundeskomitee einstimmig gefasst: Ablehnung aller drei Initiativen der Überfremdungsparteien; Zustimmung zum Gegenvorschlag betreffend Staatsvertragsreferendum. – Im Detail erläutert Karl Aeschbach in einem Grundsatzartikel den Inhalt der Abstimmungsvorlagen sowie ihre allfälligen Auswirkungen und begründet die im Interesse der Arbeitnehmer beschlossenen Parolen des SGB.

Redaktion Gewerkschaftliche Rundschau